

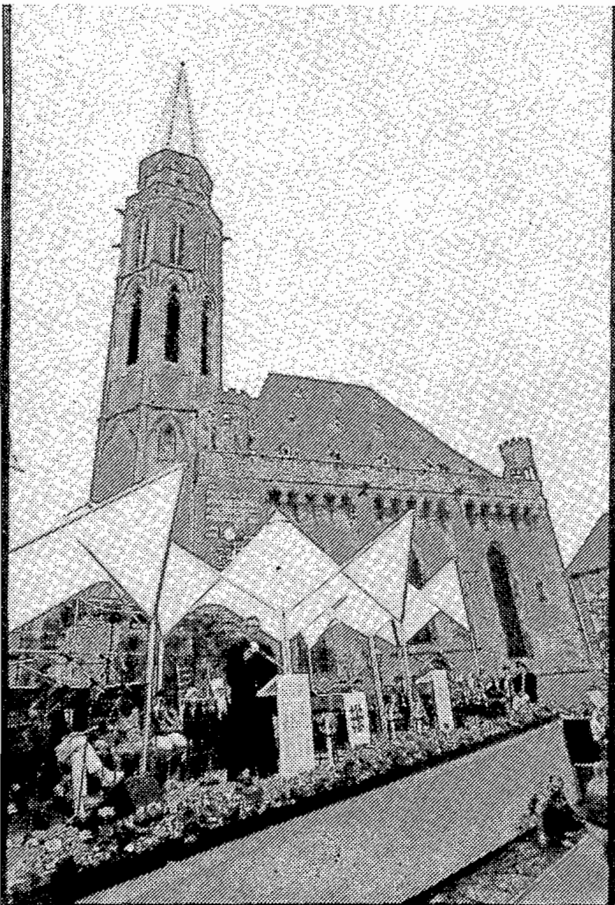


Evangelische Verantwortung

August 1987

Nachlese – Gedanken zum Kirchentag in Frankfurt

Albrecht Martin



Kirchentag 1987, Frankfurt

Eröffnungsgottesdienst auf dem Römerberg vor der Nikolaikirche, die Predigt hielt Kirchenpräsident Helmut Spengler.

Es ist nicht leicht, den Frankfurter Kirchentag aus dem Abstand einiger Wochen zu beurteilen: die Unmittelbarkeit persönlicher Eindrücke tritt zurück, die zahlreichen Berichte, Stellungnahmen und kritischen Auseinandersetzungen, die uns durch die Medien vermittelt wurden, beeinflussen auch die Erinnerung.

Nicht alles, was für die eigene Urteilsfindung wichtig ist, kann man selbst unmittelbar miterlebt haben. Denn man konnte sich sehr unterschiedliche Programme für die Tage des Kirchentages zusammenstellen: man konnte von der Bibelarbeit am Morgen bis zur Andacht am Abend lebendige Gemeinde erfahren; man konnte aber auch – und auch das von bestimmten Bibelarbeiten am Morgen bis zum politischen Abendgebet – sich vollständig im Dienst politischer Veränderungen sehen. Und es war doch wohl ein Kirchentag! – War es wirklich ein Kirchentag?

Selbst die eigene Erfahrung vermittelt ein durchaus gespaltenes Bild. Da war der gut besuchte Eröffnungsgottesdienst mit vielen jugendlichen Christen, die offenbar nichts anderes erwartet hatten als eine streng an den Text gebundene Predigt, die mitsangen und mitbeteten. Da waren ungezählte junge Kirchentagsbesucher, die mit uns am Stand des EAK auf dem „Markt der Möglichkeiten“ diskutierten, ruhig, sachlich, kritisch, sehr viel angenehmer als damals in Düsseldorf und mehr noch in Hannover. Da war die Veranstaltung im Marktzelt mit dem Bundesumweltminister Prof. Dr. Töpfer – auch in sachlichem Ton verlaufend. Aber ist es einem Kirchentag angemessen, daß zwar die Frage nach der Verantwortbarkeit von Plastiktaschen wiederholt gestellt wurde, aber die Bedeutung von 1. Moses 1–3 für unser Verständ-

nis von Schöpfung und Natur – jedenfalls im Rahmen dieses Gespräches – überhaupt nicht in den Blick kam?

Und dann saß ich auf dem Podium in Halle VI und hatte mit Herrn Schily, MdB, Frau Däubler-Gmelin, MdB, mit dem früheren Kirchentagspräsidenten Prof. Dr. Huber und mit Prof. Dr. Lübke über „Politische Kultur“ zu diskutieren und darüber, ob unsere Demokratie veränderungswürdig und veränderungsfähig sei. Als Politiker ist man die hitzige Diskussion gewöhnt, und vor mehr als 9000 Menschen sprechen zu können, hat seinen Reiz. Aber wenn Zustimmung und Ablehnung durch das Plenum offensichtlich nur dadurch bestimmt wurden, wieweit der einzelne Podiumsteilnehmer mit den Äußerungen von Herrn Schily übereinstimmt, dann wird die Sache schwierig. Verdiente Herr Schily frenetischen Beifall, wenn er die Neigung der Deutschen zu Ordnung und Obrigkeitshörigkeit für den Erfolg des Nationalsozialismus verantwortlich machte, und verdiente Herr Lübke wütende Ablehnung für seinen Hinweis, daß die Nazis vor 1933 mit eben diesen Vorwürfen gegen die Ordnung des demokratischen Staates angegangen seien? Warum löste es wütendes Gebrüll aus, als ich mich weigerte, Einzelheiten über die Entscheidung des Rundfunkrates des SWF in der Sache der Neuordnung der Sendung „Report“ anzugeben, weil ich als Mitglied des Rundfunkrates zur Verschwiegenheit verpflichtet sei und eine sachgemäße Antwort auch auf persönliche Dinge eingehen müsse, was aber nicht möglich sei?

Waren das dieselben jungen Menschen, mit denen ich zuvor so ruhig und sachlich hatte sprechen können? Oder wurde durch die der politischen Linken angehörenden Podiumsteilnehmer und auch durch die Gesprächsleitung und die Rahmendarstellungen ein Klima geschaffen, das Tausende zum unkritischen Resonanzboden hemmungsloser Agitation machte?

Der Podiumsdiskussion ging eine „Befragung“ von drei Personen voraus. Der ehemalige Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, der im Krieg Offizier gewesen ist, wurde unter anderem gefragt: „Als Hitler an die Macht kam waren Sie noch keine 12 Jahre alt. Bei Kriegsbeginn waren Sie 18 und bereits ein Jahr lang Soldat. Sie haben den Krieg als Werkzeug einer verbrecherischen Staatsführung mitgeführt. Lassen Sie mich fragen: Sind Sie in schicksalhafte Verstrickung geraten oder empfinden Sie Schuld?“ Herr Hild hat darauf offen und sehr persönlich geantwortet. Aber welches Verständnis von der Würde des Menschen steht hinter solchen Fragen vor Tausenden, die wenige Minuten später die Aussage mit Jubel begrüßten, man verweigere die Ausfüllung der Volkszählungsbögen.

All das ist nicht weit entfernt von den Tumultszenen vor dem Stand der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“, von der Zurückweisung von Kritikern der Swapo. Und ist nicht der „Markt der Möglichkeiten“ längst zum Tummelplatz auch solcher Gruppen geworden, die politisch von einem mindestens problematischen Verständnis unserer Verfassung ausgehen und die mit dem Auftrag christlicher Ge-

meinde auch bei großzügiger Auslegung nichts mehr gemein haben?

Ausblick

Aus folgenden Gründen ist es wohl an der Zeit, die Konzeption des Evangelischen Kirchentages zu überprüfen:

- Das richtige Bestreben, von der Gesellschaft ausgegrenzte Randgruppen in die Gemeinde zu integrieren und ihnen das Gefühl zu vermitteln, in der Gemeinde mit ihren Nöten ernstgenommen zu werden, hat dazu geführt, daß solche Gruppen mit dem Anspruch auftreten, daß sie in Wahrheit das Leben des Christen verkörpern. Man kann den Homosexuellen in seinen Nöten durchaus ernstnehmen, ohne die Lebensgemeinschaft gleichgeschlechtlicher Menschen als der Ehe gleichwertig anzusehen. Ähnliches gilt grundsätzlich auch von einigen theologischen Strömungen. So richtig es ist zu prüfen, ob die Kirche in ihrem Reden und Handeln der Rolle der Frauen in Geschichte und Gegenwart gerecht geworden ist, so skandalös ist manches, was von Vertreterinnen einer „feministischen Theologie“ angeboten wurde. Gibt es nicht bestimmte Grenzen, die vom Bekenntnis gezogen werden und die nicht verletzt werden dürfen, wenn Kirche Kirche bleiben will?
- Ein Evangelischer Kirchentag kann nicht alle denkbaren politischen Strömungen und Interessen zu Worte kommen lassen. Es ist ja gar nicht zu vermeiden, daß durch die Teilnahme der Eindruck vermittelt wird, die teilnehmende Gruppe stehe entweder der Kirche nahe oder werfe doch eine Frage auf, die vom Auftrag der Kirche her aufzugreifen sei.
- Was uns in unserer Kirche als brennendes theologisches Problem belastet, hat natürlich auch Einfluß auf Gestaltung und Ablauf des Kirchentages. Wenn für starke Gruppen, um ein Beispiel zu nennen, der Boykott einer großen Geschäftsbank zu einer Forderung des Glaubens wird, dann ist eine Diskussion weder im politischen noch im theologischen Bereich eigentlich mehr möglich. Es ist nicht zu leugnen, daß die Mehrzahl der Veranstaltungen von einer Haltung gegenüber unserem Staat beeinflusst wird, die man zwar kritisch nennen kann, die aber auf eine Ablehnung seiner Ordnung hinausläuft. Das ist von den Verantwortlichen gewiß nicht gewollt, aber man muß doch fragen, was man tun kann, um das Entstehen des oben beschriebenen Klimas zu verhindern. Vielleicht wäre schon viel erreicht, wenn am Kirchentag in Zukunft mehr ältere Gemeindemitglieder teilnähmen.

Es kann nicht darum gehen, den Kirchentag auf Bibelarbeit, Gottesdienst und kirchliche Themen im engeren Sinne zu beschränken, wohl aber ist die Sorge berechtigt, daß ein immer größerer Teil der Glieder unserer Kirche sich auf dem Kirchentag nicht mehr wiederfindet und daß die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnt, innerhalb der Evangelischen Kirche sei – fast – alles möglich.

Langeweile gab es nicht

Burkhard Budde

Nervös fuchtelte er mit seiner Kelle durch die Luft. Der „Futtertrog“ an der Essens-Ausgabe war leer. „Hier ist gleich der Teufel los“, meinte der freiwillige Helfer, wischte sich mit dem Arm den Schweiß von der Stirn und blickte ängstlich auf die langen Schlangen in der Verpflegungshalle. Doch der Pfadfinder, der mit 140 anderen dafür sorgte, daß innerhalb von drei Stunden etwa 47 000 Menschen satt wurden, irrte sich. Geduldig warteten die Hungrigen auf den Nachschub, der sich auch nicht lange verzögerte. Wenig später kündigte denn auch eine Stimme aus den wattstarken Lautsprecherboxen nicht den Teufel an, sondern eine „wichtige Information für alle“. „Die Bananen“, so lautete die Botschaft, „sind aus Nicaragua“. Die Kirchentagsbesucher, die auf den langen Holzbänken saßen, trugen es mit Fassung. Die Nachricht erntete nur spärlichen Applaus. Die Politik geht eben nicht immer durch den Magen.

Gestärkt und gut gelaunt ging es zurück zum „Markt der Möglichkeiten“, der in zwei großen Hallen des Messegeländes eine Kleinstadt auf fast 700 Ständen und Buden darstellte. Ein Strom von Neugierigen

floß durch die Gänge. Wenige spektakuläre Polit-Plakate waren zu sehen, dafür viele Hinweise auf die Bedeutsamkeit des christlichen Glaubens und der Kirche angesichts der großen und kleinen Herausforderungen unserer Zeit. Ohren- und augenfällig die Themen-, Interessen- und Personen-Vielfalt. Für manche ein buntes und lebendiges Bild kirchlicher Frömmigkeit, für andere wirkte das Ganze wie ein uferloser und verwirrender kirchlicher Mochtegerm-Supermarkt.

„Gehören Sie zu diesem Stand“ fragte ein Jugendlicher mit einem lila Halstuch und einer Jutetasche in der Hand den Bundesvorsitzenden des EAK, Albrecht Martin. Ein zustimmendes Lächeln stellte die erste zwischenmenschliche Brücke dar. „Ist das ‚C‘ im Parteinamen keine Anmaßung?“ wurde provozierend gefragt. Aber auch andere Grundsatzfragen wurden gestellt. „Nimmt die CDU das ‚C‘ überhaupt noch ernst?“ „Wie steht es mit der Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit der Politik und der Politiker?“ „Stellen Christen in der Partei eine politische Kraft dar, damit auf Worte auch Taten folgen können?“ Umweltschutz, Apartheid, Kernenergie, Raketen und Aids waren nicht im-

mer die thematischen Renner in den Gesprächen am Stand des EAK. Vielmehr wurden die CDU- und CSU-Politiker grundsätzlicher, persönlicher und allgemeiner befragt. Für manchen Christdemokraten war das auch eine neue Erfahrung. Viele Jugendliche sind vor allem an der ethischen Einbindung der Tagespolitik interessiert und weniger an nackten Zahlen oder einfachen Sprüchen. So entwickelte sich der Stand häufig zu einem offenen Gesprächsforum für die Sorgen und Anfragen vieler Christen. „Ich habe keine schrofte Ablehnung erlebt“, resümierte der Bundestagsabgeordnete Reinhard Göhner aus Kirchlingern, der mit dieser Meinung nicht alleine dandand.

Auch viele Jugendliche waren überrascht. CDU-Politiker standen nicht nur Rede und Antwort, sondern konnten auch zuhören und andere Standpunkte verstehen. Vorurteile und Feind-Bilder wurden abgebaut, Absolutheitsansprüche nicht erhoben. Viele Gespräche waren fruchtbar, weil man sich anschließend besser verstand, eine gemeinsame Basis gefunden und voneinander gelernt hatte. Langeweile kam nie auf. Es wurde gestritten, aber man war in der Regel nicht zerstritten, wenn man sich trennte.

Gesprächserlebnisse bleiben immer persönliche Erlebnisse. Aber sie können Mut machen, nicht nur den Redekampf dem Faustkampf oder einem falsch verstandenen Harmonieverständnis um jeden Preis vorzuziehen, sondern in dem Gesprächspartner zunächst den Menschen zu sehen und erst in zweiter Linie den Kontrahenten. Viele haben vieles gelernt.



Bundesministerin Rita Süssmuth diskutiert am EAK-Stand

Aus dem Inhalt

Nachlese – Gedanken zum Kirchentag in Frankfurt	1
Langeweile gab es nicht	3
3. Deutscher Evangelischer Kirchentag 1951 in Berlin	4
Der Kirchentag der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Ost-Berlin	6
Kurz notiert	8
Dank an Erhard Hackler	9
Aus unserer Arbeit	10
Für uns gelesen und besprochen	14

3. Deutscher Evangelischer Kirchentag 1951 in Berlin

Helmut Bach

Als Vertreter der Ev. Kirchengemeinde Steinbach-Hallenberg, Kreis Schmalkalden bzw. Suhl in Thüringen nahm ich am 3. Deutschen Ev. Kirchentag im Juni 1951 in Berlin teil.

Inmitten der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, der Stadt, die die Schrecken des Krieges in allen Abwandlungen erlebt hatte, die durch die Spaltung in Ost und West ein Bild der Zerrissenheit bot, tagte der 3. Deutsche Ev. Kirchentag. Nach den Kirchentagen 1949 in Hannover, 1950 in Essen geschah nun das große Wagnis: BERLIN! Es ist besser gelungen, als es sich die Verantwortlichen der Kirchentagsleitung und die Teilnehmer vorgestellt hatten.

Ja, es war ein großer Kirchentag. Wer hätte für möglich gehalten, daß so viele Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zu einer Kirchenveranstaltung zusammenkommen würden, davon ein großer Teil aus Westdeutschland. 3000 freiwillige Helfer mit Einsatz aller technischen Mittel (Funk, Film, Lautsprecheranlagen) waren als Organisatoren aufgeboten. Es kamen 52 Züge aus der DDR und 12 aus Westdeutschland, dazu 170 Omnibusse. 400 Pressevertreter waren angereist, um über dieses, wie Bischof Lilje sagte „Politikum ersten Ranges, da das Wort Gottes eine die Öffentlichkeit bewegende Angelegenheit ist“, zu berichten.

Einer der stärksten Eindrücke war, daß sich hier meist einfache Menschen, getragen von dem beglückenden Gefühl, keine Masse, sondern eine große Gemeinschaft zu sein, „eine große Familie“ (Bischof Dibelius) eingefunden hatten. „Gott muß doch etwas vorhaben, daß er so etwas sich hier ereignen läßt“ (Dibelius). Bei der Eröffnungsfeier in der Marienkirche, die auf

den Vorplatz übertragen wurde, sagte Bischof Dibelius: „Wir bauen eine Brücke zwischen West und Ost, wir sind doch Brüder.“ An dieser Eröffnungsfeier nahmen Wilhelm Piek und Otto Nuschke Ost-CDU teil. Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland waren u. a. der als Bundesminister zurückgetretene Dr. Gustav Heinemann, inoffiziell, und Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers in seiner Eigenschaft als Oberkirchenrat. Überraschend war auch die große Zahl von 80 000 Jugendlichen, die im Walter-Ulbricht-Stadion versammelt waren.

Der Kirchentag war nicht nur eine Veranstaltung für alte Frauen, alte und schwache Menschen, sondern ein Bekenntnis der Laien aus allen Schichten der Bevölkerung, ein Bekenntnis zu den Aufgaben des täglichen Lebens, kein Versinken der Kirche im stillen Kämmerlein, kein Zurückziehen in die Isolierung, sondern ein Sprung in das Leben, in die Öffentlichkeit. Hunderttausende machten ihren Gefühlen Luft, wenn Choräle auf U- und S-Bahnhöfen, Posaunenblasen, Singen auf offenen Plätzen in beiden Stadtteilen ertönten. An 80 Plätzen in ganz Berlin fanden öffentliche Gottesdienste statt. Bischof Dibelius betonte, daß man entschlossen ist, ein Auseinanderfallen zwischen der Erbauung der Seele am Sonntag und dem Arbeitsleben am Werktag zu verhindern, sondern eins auf das andere zu beziehen, daß man sich nicht länger von der Sorge hemmen lassen will, sich an das Politische zu verlieren. Trotzdem hat der Kirchentag nicht etwa eine Entscheidung für Ost oder West gefällt, sondern er hat gezeigt, daß man sich im brüderlichen Geist auf der Brücke des Christentums treffen kann und zu treffen bereit ist. Gerade das

Gespräch zwischen Ost und West hat allen Teilnehmern ans Herz gegriffen. Keine Macht der Welt kann die Glieder eines Volkes, kann uns auseinanderreißen.

So ging viel Trost und Stärkung von diesem Kirchentag aus. Behörden und Dienststellen sowohl des Ostens als auch des Westens und die Bevölkerung von Berlin traten den Kirchentagsbesuchern mit größter Zuvorkommenheit und Freundlichkeit entgegen. So verlief alles ohne jede Hetze, ohne Haß, ohne gegenseitiges Mißtrauen, ohne Verleumdung und Verächtlichmachung des Standpunktes des anderen. Hier begegnete wirklich der Bruder aus dem Osten dem Bruder aus dem Westen und zwar dem „Bruder Mensch“. Jeder sprach von seinen Sorgen und Nöten, von Gewissensnot und manchem Unverständnis ehrlichem Willen gegenüber, aber auch von der Satttheit des Westens, die sich in Individualisierung und Säkularisierung zeige.

Mit tiefster innerster Ergriffenheit vernahmen Tausende manches mutige Bekenntnis von Schülern und Lehrern, Arbeitern, Katechetinnen und Politikern, in dem zum Ausdruck kam, daß oft menschliche Macht viel zu sehr überschätzt wird, daß mancher viel zu sehr auf seine eigene Schwäche geschaut hat statt auf den Herrn Jesus Christus. Man forderte mehr Bekenntnis zur unbedingten Wahrheit, mehr gegenseitiges Verstehen, mehr brüderliche Liebe.

Geschehen am Rande

Viele kulturelle Veranstaltungen fanden statt: z. B. Chorsingen des Dresdner Kreuzchores, Symphonie- und Posaunenbläserkonzerte, Orgelmusik, Dichterlesungen von

christlichen Dichtern wie Albrecht Goes, Manfred Hausmann, Willi Kramp, Rudolf Alexander Schröder. Bildende Künstler zeigten ihre Werke, christliche Theaterstücke, aufgeführt von christlichen Schauspielern, Filme mit christlicher Grundhaltung („Nachtwache“) waren zu sehen. Ausstellungen fanden in den verschiedenen Messehallen statt.

Die Veranstaltungen selbst fanden in allen Kirchen ganz Berlins, in allen größeren Versammlungsstätten von Ost und West (Seelenbindehalle, Ulbricht-Stadion, Olympiastadion, Waldbühne, Messehallen) statt. Fast 1,5 Mill. Festplaketen wurden ausgegeben, ein eigenes Fernsprechnetz war eingerichtet. 20 Filmleute waren tätig, 80 t Papier wurden verbraucht. Das Kreuz im Olympiastadion war 24 m hoch, 10 m ausladend, 24 000 kg schwer, es hätte einer Windstärke 12 standgehalten. Es gab Verbindung mit 1000 deutschen und 300 ausländischen Zeitungen.

Die Veranstaltungen, vor allem die Schlußversammlung im Olympiastadion, wurden von allen deutschen Sendern übertragen. Eine große Pressekonferenz und ein Empfang durch die Regierung Grotewohl fanden statt. Grotewohl betonte dabei, indem er auf die Verfassung der DDR hinwies, daß „die Kirche berechtigt sei, ihr Eigenleben ohne staatliche Eingriffe zu führen“. Probst Grüber wies auf die Sehnsucht aller Deutschen nach Frieden, Einheit und Einigkeit hin. Zeltlager waren im Osten Berlins und im amerikanischen Sektor aufgebaut.

Katholiken hatten den Kirchentag u. a. durch Bereitstellung von Quartieren unterstützt. Sondertreffen für Männer, für Frauen und Jugendliche fanden statt. Vor allem erregte Aufsehen ein großer ev. Studententag mit rd. 3000 Studenten aus allen Universitäten Deutschlands mit zahlreichen Vorträgen, vor allem von Theologieprofessoren über Themen wie „Naturwissenschaft und Glaube“, „Wahrheit im Ablauf der Geschichte“, „Verpflichtung zum Denken“, „Gemeinde und Politik“. Hier kam klar zum Ausdruck, daß Glauben und Wissen nicht zweierlei Dinge sind, die sich gegenüberstehen, sondern daß zum Wissen der Glaube gehört.

„Wir sind doch Brüder im Volk“

Vier Arbeitsgruppen waren gebildet worden: „Wir sind doch Brüder in der Kirche“, „Brüder in der Arbeit“, „Brüder zu Hause“, „Brüder im Volk“.

An letztgenannter Arbeitsgruppe nahm ich teil und möchte ein Wort der Bibel vorausschicken: „Rede einer mit dem anderen Wahrheit und richtet recht und schaffet Frieden in euren Toren“, da dieses Wort gerade im Hinblick auf das Thema der Arbeitsgruppe gilt. Es war besonders im Hinblick auf die Not unseres Volkes von geradezu gewaltiger Aktualität. Wie oft hört man vom sogenannten modernen Menschen, daß die Kirche nicht seine Sprache spricht, daß sie, trotz vielleicht guten Willens, seine Sache nicht vertritt. Der Kirchentag aber war ein Sprung der Kirche mitten in das Heute (1951). Da wurden nicht theologische Gespräche geführt, die an der Not des wirklichen Lebens vorbeigehen, sondern der Kirchentag stellte uns mitten hinein in die Probleme unseres persönlichen Lebens, in die Probleme unseres Volkes.

Natürlich kamen bei dieser Gelegenheit die verschiedenen Beurteilungen der Lage und die unterschiedliche Erwartung in bezug auf die Zukunft deutlich zum Ausdruck. Trotzdem hörte man dabei kein Wort des Hasses, sondern es wurde im kirchlichen Raum erwiesen, daß Gespräche mit deutschen Menschen zwischen Ost und West mit größter Freude und Bereitwilligkeit geführt werden können, wenn man sie führt als Bruder zum Bruder. Man erkannte, daß wirkliche Christen nicht Menschen sind, die sich in Träumen und Illusionen wiegen, sondern daß es sich dabei um eine unter der gemeinsamen Gotteskindschaft stehende Gemeinschaft von Menschen handelt, die realistisch die Dinge sehen und sie beim rechten Namen nennen. Sie lassen sich nichts vormachen, weder über sich selbst, noch über die Menschen und das Leben in dieser Welt.

Ein Redner forderte, indem er auf das Christuswort verwies, „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, die Christen sollten sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen

Bundestagspräsident **Dr. Hermann Ehlers**, der in seiner Eigenschaft als Oberkirchenrat das Wort ergriff, rief den Christen zu, auch in der Politik, hier im weitesten Sinne des Wortes gedacht, mitzuarbeiten, in christlicher Verantwortung mit dem Mitbruder zu reden und sich in der Öffentlichkeit zu betätigen. Er sprach sich für eine Verständigung zwischen Ost und West, für die Wiedervereinigung Deutschlands aus und betonte, daß niemand den anderen abschreiben dürfte, daß wir in Frieden wieder zusammenkommen müßten.

Natürlich blieb manches offen, wie ja der Kirchentag nur einen Anfang darstellt, von dem weitere große Impulse in die gesamte Christenheit ausgehen und ausgehen sollen. Daß dies geschehe, dazu sind wir alle gerufen. Wir sind gerufen zur Mitarbeit. Christliche Mitarbeit auch im öffentlichen Leben tut not. Man rief die Eltern auf, ihre Kinder ständig zum christlichen Glauben anzuhalten. Im Hinblick zu Gott, dem Schöpfer alles Lebens, finden wir den Bruder Mensch, der nach Gottes Ebenbild geschaffen ist, über alle nationalen, politischen und konfessionellen Unterschiede hinweg. Es gibt die Möglichkeit, auf Erden in Liebe, nicht in Haß zusammen zu leben. Der Friede auf Erden ist uns verheißen, wenn wir Gott die Ehre geben, wenn wir daran denken und immer danach handeln, daß wir doch Brüder sind, Brüder im Volk, in der Gemeinschaft aller Menschen.

Gerade wir Christen sind gerufen, die Brücke zu bauen, auf das die Kluft zwischen Ost und West sich nicht vertiefe. Bischof Dibelius hatte dies ja bei der Eröffnung des Kirchentages klar zum Ausdruck gebracht. Wir können einander nicht lassen. Wir sind Glieder eines Volkes und einer Kirche.

Schlußversammlung

Im Kirchentagswort, das in der Schlußversammlung im überfüllten Olympiastadion verkündet wurde, heißt es: „Wir haben erkannt: Gott hat sein Volk in aller Welt. Wir haben Brüder unter allen Völkern und Rassen. Sie bleiben unsere Brüder, trotz der Grenzen. Er will nicht, daß wir sie verloren geben. Drum sagt und zeigt es ganz mit eurem Leben, daß Christus Herr ist überall.“

Der Kirchentag der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Ost-Berlin

Wolf-Rüdiger Baumann

Der Autor dieses Beitrages konnte unmittelbar im Anschluß an den Ostberliner Kirchentag mit einer Vielzahl von Teilnehmern Gespräche führen. Im folgenden versucht er, unterschiedlichste Erfahrungen und Eindrücke zusammenfassend wiederzugeben.

Erstmals seit dem Mauerbau vor 26 Jahren fand in Ost-Berlin vom 24. bis 28. Juni wieder ein Evangelischer Kirchentag statt. Das Treffen stand unter dem Motto: „... und ich will bei Euch wohnen“.

Auftakt des Treffens waren Gottesdienste in sechs Kirchen, an denen insgesamt 6000 Menschen teilnahmen. Im Mittelpunkt des Kirchentages stand die Arbeit von 11 Arbeitsgruppen, die sich unter anderem mit den Themen „Partnerschaft in der Familie“, „Juden und Christen als Kinder eines Vaters“ sowie „In Berlin unter der Verheißung des Evangeliums leben“ auseinandersetzten. Die Rahmenveranstaltungen reichten von großen Foren zu politischen Fragen der Zeit bis zu Jugendveranstaltungen mit Rock-Musik, Schriftstellerlesungen und Ausstellungen, zum Teil mit Inhalten, die so bislang in der DDR nicht öffentlich vorkamen. Höhepunkt des fünftägigen Protestantentreffens war am 28. Juni ein Abschlußgottesdienst im Köpenicker Fußballstadion, an dem etwa 30 000 Menschen teilnahmen.

Der Kirchentag fand weitgehend im Saal statt: An den 11 Arbeitsgruppen konnte nur teilnehmen, wer vorher angemeldet war. Knapp 4100 Teilnehmer hatten sich angemeldet, darunter 500 aus der Ökumene, von denen etwa 100 aus West-Berlin kamen. Hinsichtlich der Altersstruktur der Teilnehmer dominierten mit 35,3 % Frauen und Männer zwischen 41 und 65 Jahren; 13,2 % machte der Anteil von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren aus.

Zu den eingeladenen Gästen aus dem kirchlichen Bereich gehörten unter anderem der Vorsitzende des Rates der EKD, der West-Berliner

Bischof Martin Kruse, und die Präsidentin des (West-)Deutschen Evangelischen Kirchentags, Eleonore von Rotenhan. Auf einem „Friedensforum“ redete der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker; Teilnehmer des Kirchentags waren auch die SPD-Politiker Günter Gaus, Erhard Eppler und Heinrich Albertz.

Nicht aussteigen

In der Erlöserkirche im Stadtbezirk Lichtenberg sagte der Ost-Berliner Generalsuperintendent Krusche – Vorsitzender der Leitungsgruppe des Kirchentages – in einem Eröffnungsgottesdienst: „Den ‚Kirchentag von unten‘ hätten wir nicht, wenn das brüderlich-schwesterliche Gespräch nicht abgebrochen wäre.“ Und weiter: Die Kirche müsse eine „einladende Kirche“ werden, eine Kirche, die für die Fragenden und Ratlosen genauso offen sei wie für die Glaubenden und Hoffenden.

Krusche sagte auch, nicht abseits von der Gesellschaft, sondern mit Menschen und durch Menschen wolle Gott die Welt verändern. „Deshalb dürfen wir uns nicht der Geschichte verweigern... Deshalb lassen wir uns auf diese sozialistische Gesellschaft ein und wirken mit, wenn es darum geht, das Beste für alle daraus zu machen.“ Wohl mit Blick auf die kirchlichen Basisgruppen meinte Krusche, auch durch Rückschläge dürften sich die Christen nicht dazu verleiten lassen, die Nischen der Privatheit aufzusuchen. „Im Namen des menschenfreundlichen Gottes rufe ich Euch zu: Ihr dürft nicht aussteigen.“

Kritik am Kirchentag

Der Ost-Berliner Kirchentag der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg stieß in Teilen der Kirche in

der DDR auf Mißtrauen und Ablehnung. So wurde den Organisatoren des Kirchentags vorgeworfen, daß sie die staatlichen Berlin-Jubelveranstaltungen – die nicht zuletzt den Sinn haben, Ost-Berlin als integralen Bestandteil und Hauptstadt der DDR zu präsentieren – durch den Kirchentag unterstützten: auf allen offiziellen Papieren zum Kirchentag heißt es: „Evangelischer Kirchentag Berlin '87 Hauptstadt der DDR“.

Auf Erstaunen und Unverständnis stieß auch eine Entscheidung der Kirchenleitung, eine Fotoausstellung in der Erlöserkirche vorzeitig zu schließen, die auch Fotos über den 17. Juni und den Mauerbau zeigte. Zur Begründung sagte Konsistorialpräsident Stolpe, durch westliche Kommentierung sei der Eindruck entstanden, als sei mit der Ausstellung eine „Provokation“ geplant gewesen. Damit sei die „Toleranzschwelle überschritten“ worden.

Mißfallen löste vor allem bei kirchlichen Basisgruppen auch das Geschlossenhalten des Kirchentages aus. Vor allem eine Entscheidung des Ost-Berliner Generalsuperintendenten Günter Krusche und der Ost-Berliner Kirchenleitung, die geplante „Friedenswerkstatt“ ausfallen zu lassen, stieß auf heftige Kritik. Schon vor dem Kirchentag hieß es in Flugblättern, die Evangelische Kirche in der DDR habe durch die unabhängige Friedensbewegung „noch einmal ihre Eigenständigkeit und Stärke“ erfahren. Bedingt durch den guten Dialog zwischen Staat und Kirche sei jetzt jedoch ein Prozeß im Gange, die kirchlichen Basisgruppen zu zensieren und zu begrenzen.

Der „Kirchentag von unten“

Als Gegenstück zum offiziellen Kirchentag hatten kirchliche Basisgruppen schon vor dessen Beginn zu einem „Kirchentag von unten“ aufgerufen. Für den Fall, daß kein Tagungsraum bereitgestellt würde,

hatten sie die Besetzung eines Gemeindezentrums angekündigt. Dazu kam es nicht. Nach Verhandlungen mit der Leitung der Berlin-Brandenburgischen Kirche erhielten die Vertreter von Friedens- und Umweltkreisen aus der gesamten DDR die Zusage, das Gemeindezentrum der Pfingstkirche im Bezirk Friedrichshain nutzen zu dürfen. Am „Kirchentag von unten“ nahmen insgesamt etwa 1200 meist junge Menschen teil, von denen die meisten aus den Bezirken der DDR nach Ost-Berlin gekommen waren.

Bereits beim Eröffnungsgottesdienst in der Ost-Berliner Marienkirche, bei dem der Ost-Berliner Bischof Forck predigte, und an dem auch der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, teilnahm, machten Angehörige kirchlicher Basisgruppen auf sich aufmerksam. Sie verteilten lebhaft nachgefragte Flugblätter, trugen ein Transparent mit dem Zeichen des Regenbogens und der Aufschrift „Kirchentag von unten“ durch die Menschenmenge und machten Zwischenrufe wie „Wenn sich die Kirche weiter so anpaßt, wird sich nichts ändern“, „Ihr wollt doch nur eure Ruhe haben und eure Bequemlichkeit“, „Wo gibt es hier denn noch ordentliche Gemeinden?“.

Auf der Abschlußveranstaltung in Berlin-Köpenick forderten meist jugendliche Mitglieder der kirchlichen Basisgruppen auf Transparenten einen „sozialen Friedensdienst“ als Alternative zum Wehrdienst und „Glasnost in Staat und Kirche“.

Nach Meinung eines Teilnehmers aus der Bundesrepublik Deutschland können die jungen Menschen,

die am „Kirchentag von unten“ teilnehmen, nicht als repräsentativ für die DDR-Jugend angesehen werden: „Das ist das, was am Butterbrot rauskommt, wenn man draufdrückt“. Sie seien ein Sammelpunkt für alle, die mit der Gesellschaft nicht zufrieden sind und dies auf die Kirche abgewälzt haben. Auch bei Jugendlichen in der Kirche seien die Aktionen der Basisgruppen auf Kritik gestoßen.

Reaktionen der Kirchenleitung

Die Leitung des Kirchentages sah im „Kirchentag von unten“ eine unerwünschte Variante des Kirchentages. Er werde von einer Gruppierung von unterschiedlichen Kräften getragen. Sie kämen einerseits aus der „offenen Jugendarbeit“ Ost-Berlin und aus dem südlichen Raum der DDR, andererseits seien es Mitarbeiter und Gemeindeglieder, die sich durch Handlungen der Kirchenleitungen enttäuscht fühlen, und schließlich kämen sie auch aus Gruppierungen, die gesellschaftliche Kritik übten und in der Kirche eine Art von „Asyl“ zur Artikulierung ihrer Begehren suchten. Sodann gebe es eine Reihe von Mitarbeitern und Gemeindegliedern, die die finanzielle Unterstützung der DDR-Kirche aus dem Westen kritisch hinterfragten.

Staat und Kirchentag

Im Vorfeld des Kirchentages brachte die SED Kritik und Vorbehalte gegenüber mehreren Pro-

grammpunkten des Treffens vor. Nach langem Zögern und wohl vor allem wegen der 750-Jahr-Feier Berlins räumte der Staat dem Kirchentag aber Spielraum ein und eine bisher nicht gekannte Publizität in Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen. Konsistorialpräsident Stolpe wies ausdrücklich darauf hin, daß Direktübertragungen einzelner Kirchentagsveranstaltungen durch westliche Fernseh- und Rundfunkstationen zugelassen worden waren. Die Grenzen der Toleranz wurden allerdings deutlich, als eine Fotoausstellung in der Erlöserkirche über die Nachkriegsgeschichte Berlins mit Bildern aus den Jahren 1953 und 1961 entfernt werden mußte.

Bereits vor Beginn des Kirchentages und angesichts der Pläne der „Initiative Kirchentag von unten“ waren am 24. Juni in Ost-Berlin mindestens 17 Personen, darunter auch kirchliche Mitarbeiter, von der Volkspolizei vorgeladen worden. Sie wurden aufgefordert, „jegliche Handlung zu unterlassen, die unter Mißbrauch des Kirchentages das sozialistische Zusammenleben stören könnte“. Anderenfalls müßten sie mit strafrechtlichen Folgen rechnen. In anderen DDR-Städten, so in Jena, wurden Mitglieder der unabhängigen Friedensbewegung von den Behörden aufgefordert, nicht zum Kirchentag nach Ost-Berlin zu reisen.

Ein erfolgreicher Kirchentag

Insgesamt verlief der Kirchentag erfolgreicher und hat vermutlich größere Wirkung erzielt, als nach den schwierigen Vorbereitungen erwartet werden konnte. Bemerkenswert war die Offenheit und Direktheit, mit der auch in öffentlichen Veranstaltungen kritische Meinungen geäußert wurden. Für die Teilnehmer dürfte der Kirchentag ein ermutigendes Gemeinschaftserlebnis und ein Zeichen für Stärke und inneren Zusammenhalt der heute in einer Minderheitssituation lebenden Christen in der DDR gewesen sein.



Politischer Akzent beim Abschlußgottesdienst im Köpenicker Sportstadion

Kurz notiert

Glaubenstiefe und Friedensbereitschaft

Zum Dresdener Katholiken-Treffen schrieb die Bürgermeisterin und Senatorin für Schulwesen, Berufsbildung und Sport in Berlin, **Dr. Hanna-Renate Laurien**, Stellvertretende Vorsitzende der CDU:

„Beim Katholikentreffen in Dresden war ich nicht in offizieller Funktion, sondern als Christin unter Christen. Die beglückende Erfahrung der Gemeinsamkeit belegte, daß alles gesellschaftliche Engagement, alle Bereitschaft zur Diskussion gespeist wird aus der Tiefe des Glaubens und nicht umgekehrt. Das ist die Botschaft, die aus der DDR zu uns kommt. Wenn man dort erfuhr, welche Beglückung die Christen in der DDR erlebten, weil sie ihren Glauben öffentlich liturgisch bekunden konnten, ermißt man neu, welche Freiheit wir haben und oft genug nicht nutzen.“

Kritisch möchte ich bemerken, daß die Häufigkeit der Teilnahme von Bürgern aus West-Berlin und der übrigen Bundesrepublik nicht zuerst als Frage an die Regierung der DDR, sondern zuerst als Frage und Forderung an uns selbst zu richten ist. Wer als privater Tourist fahren wollte, hätte ohne weiteres fahren können. Mit einem Tagesvisum hatte man Zugang. Die Möglichkeit der Reise zu solchen Veranstaltungen intensiver zu nutzen, dies ist die nachdrückliche Forderung an die Bürger in West-Berlin und der übrigen Bundesrepublik.

Ein unauslöschlicher Eindruck: Die Glaubenstiefe und die Friedensbereitschaft der jungen Leute. Sie lassen sich von keiner Tagespolitik einvernehmen. Ihre Botschaft der Gewaltlosigkeit richtet sich an alle. Hier ist eine Friedenskraft zu spüren, die uns, die wir auch im politischen Geschäft Verantwortung tragen, Antrieb ist und Verantwortung zuschreibt. Beeindruckend auch, welche Begegnungen sich auf der Festwiese und zwischen Zwinger

und Kathedrale ereigneten. Menschen die sich jahrelang nicht gesehen hatten, umarmten sich jetzt in der Gemeinsamkeit des Glaubens. Diese Botschaft gilt auch in unserer freiheitlich-demokratischen säkularisierten Gesellschaft. Die Gemeinsamkeit der einzelnen bringt das Bündnis derer, die Glauben nicht als Sonntagsbekenntnis, sondern als Tun im Alltag verwirklichen möchten“.

Evangelikale Treffen parallel zum Kirchentag: Über 35 000 Teilnehmer

Über 35 000 Teilnehmer verzeichneten die evangelikalen Konferenzen, die parallel zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main durchgeführt wurden. Drei regionale „Gemeindetage unter dem Wort“ in Berlin, Bremen und Osnabrück verstanden sich dabei als „evangelikale Alternative“ zum Kirchentag, der von den veranstaltenden Bekennenden Gemeinschaften als theologisch wie politisch einseitig abgelehnt wird. Auf den Gemeindetagen wurde dabei heftige Kritik am „unbiblischen Pluralismus“ des Kirchentages wie der evangelischen Kirche geübt. Zu den Gemeindetagen kamen in Bremen (am 14. Juni) 500, am 17. Juni in Berlin 1300 und in Osnabrück 2000 Besucher. Am Fronleichnamstag (18. Juni) fanden traditionell die Konferenzen der pietistischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung in neun württembergischen Städten mit rund 20 000 Teilnehmern statt. Vorsitzender der nach dem schwäbischen Erweckungsprediger Ludwig Hofacker (1798 bis 1825) benannten Vereinigung ist der Sprecher der Evangelikalen in der Synode der EKD, Dekan Rolf Scheffbuch (Schorndorf).

Auf der Konferenz in Stuttgart sprach der württembergische Landesbischof Hans von Keler. Von

der Hofacker-Vereinigung wurde am Tag zuvor, am 17. Juni, auch eine Jugendkonferenz für Weltmission in Ludwigsburg bei Stuttgart veranstaltet, die von über 5000 Jugendlichen besucht wurde. Alle Konferenzen hatten das gleiche Motto: „Gottes Wort – nicht Brot allein!“ Traditionell am Fronleichnamstag fand ferner in Essen mit 2000 Teilnehmern die pietistische Gerhard-Tersteege-Konferenz statt. Zu einem Jugend- und Gemeinschaftstreffen der pietistischen Süddeutschen Vereinigung und des Jugendbundes für Entschiedenes Christentum kamen am 17. Juni in Sechselberg (bei Backnang) 1600 junge Leute zusammen. Das Bundesjugendtreffen des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden) vom 17. bis 21. Juni in Ebermannstadt bei Erlangen verzeichnete 3000 Besucher. Bereits zu Pfingsten kamen zu evangelikalen Konferenzen in der Bundesrepublik fast 50 000 Teilnehmer – vor allem Jugendliche.

Unsere Autoren

Staatsminister
Albrecht Martin
Landesvertretung
Rheinland-Pfalz
Schedestraße 1–3
5300 Bonn 1

Pfarrer Burkhard Budde
Werburger Straße 6
4905 Spenge

Rektor a. D. Helmut Bach
Friedrich-Lau-Straße 28
4000 Düsseldorf 30

Dr. Wolf Rüdiger Baumann
Waldburgstraße 23
5300 Bonn 2

Dank an Erhard Hackler

Nur dreieinhalb Jahre ist Erhard Hackler als Bundesgeschäftsführer des EAK tätig gewesen. Zum 1. Juli dieses Jahres wurde er zum Landesgeschäftsführer der CDU Nordrhein-Westfalen berufen.

Wenige können ermessen, welch umfangreiche Arbeit Erhard Hackler in diesen Jahren geleistet hat. An zwei Kirchentagen hat der EAK in dieser Zeit mit einem Informationsstand und eigenen Veranstaltungen im Markzelt teilgenommen, eine schlagkräftige Arbeitsgruppe war dazu vorzubereiten, die Mitwirkung von Repräsentanten der Unionsparteien bei Podiumsgesprächen und Vorträgen war sicherzustellen. Ohne den Einsatz von Erhard Hackler wäre das alles nicht gelungen. Das gilt auch für Vorbereitung und Organisation der Bundestagung des EAK 1986 in Hannover und für die kommende in Karlsruhe. Mit den „Bonner Theologischen Gesprächen“ im Konrad-Adenauer-Haus gelang es dem EAK in dieser Zeit, ein neues Arbeitsfeld zu eröffnen und neue Freunde für sich zu gewinnen.

Durch Gründung zahlreicher Kreisverbände des EAK wurde die Basis unserer Arbeit wesentlich erweitert.

Diese und viele andere Aufgaben können allein mit Organisationstalent nicht gelöst werden; es bedarf auch der Fähigkeit, sich in die innerkirchlichen Entwicklungen einzuarbeiten und sich in die Situation kirchlicher Gremien hineinzufühlen. Erhard Hackler ist dem in hohem Maße gerecht geworden.

Der Bundesvorstand des EAK der CDU/CSU dankt Erhard Hackler für die Jahre eines engagierten und klugen Einsatzes und einer stets loyalen Zusammenarbeit. Wir wünschen ihm in seinem neuen Aufgabenbereich viel Erfolg.

Albrecht Martin

»Miteinander Zukunft gewinnen«

28. Bundestagung, Karlsruhe, 16.–18. Oktober 1987

Freitag, 16. Oktober 1987

20.00 Uhr **Theologisches Abendgespräch**

Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt

Minister Dr. Heinz Eyrich

Prof. Dr. Bodo Volkmann

Samstag, 17. Oktober 1987

9.15 Uhr **Eröffnung**

Staatsminister Albrecht Martin

10.45 Uhr **Vorträge**

Ministerpräsident Dr. Lothar Späth

Landesbischof Dr. Hans-Gernot Jung

15.00 Uhr **Foren**

I. Jung sein – Alt werden

II. Mann – Frau

III. Erfolgreich – Enttäuscht

Sonntag, 18. Oktober 1987

11.00 Uhr **Öffentliche Schlußkundgebung mit**

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Ministerpräsident Dr. Lothar Späth

Anmeldung und Information:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Friedrich-Ebert-Allee 73–75, Konrad-Adenauer-Haus,
5300 Bonn 1

Aus unserer Arbeit

Können wir von den Christen in der DDR lernen?

Unter dieser Fragestellung fand eine **Tagung des Arbeitskreises Theologie** des EAK in der Karl-Arnold-Bildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg statt. Im Hintergrund stand das Anliegen, über die Situation der Evangelischen Kirche in der DDR zu informieren und ein realistisches Bild von der Lage der Christen in der DDR zu vermitteln. Vielfach wird heute in der bundesdeutschen Theologie und Kirche die Ansicht vertreten, daß der Schrumpfungsprozeß der Evangelischen Kirche in der DDR eine Vorwegnahme einer Entwicklung sei, die auch auf die EKD zukommen werde.

Chance der kleinen Zahl?

Pfarrer **Reiner Vogels** aus Essen, durch viele DDR-Reisen und Kontakte zu Kirchengemeinden „drüben“ auf diesem Gebiet sehr versiert, stellte in seinem Vortrag zu Beginn der Tagung die kirchliche Situation in der DDR eingängig dar. Nach 1945, so Pfarrer Vogels, hat die DDR-Kirche nicht auf dem Nullpunkt begonnen, sondern in der Kontinuität der volkskirchlichen Strukturen der Vorkriegszeit weitergearbeitet. Dies hat ihr viel Kritik eingetragen, vor allem von den Jüngern Karl Barths, die die „Chance des Neuaufbaus“ als mutwillig vertan ansahen. Aber auch aus dem Bereich der Kirchenleitungen meldete sich Kritik an den volkskirchlichen Strukturen. So postulierte der frühere Ost-Berliner Bischof Albrecht Schönherr die „**Chance der kleinen Zahl**“ für die DDR-Kirche. Der Verlust der „Mittläufer“ sei ein heilsamer Prozeß auf dem Übergang von der Volks- zur Bekenntniskirche. In der Tat ist der Rückgang der Mitgliederzahlen in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. In Berlin-Brandenburg ist z.B. die Kirchengliederzahl von 63 % (1965) auf 23 % (1987) gesunken. Trotzdem bleiben die volkskirchlichen Strukturen in der DDR erhalten. Pfarrer Vogels nannte diesen Prozeß eine Entwicklung hin zur „**Volkskirche im Kleinen**“. Die Transformation zur „Kirche der kleinen Zahl“ hat sich grundsätzlich nicht vollzogen.

Heute zeigt sich in der DDR-Kirche vielfach ein neues Selbstbewußtsein, eine neue Lebendigkeit der Gemeinden, neue Schritte zur Mission. Deshalb muß gesagt werden, daß die volkskirchlichen Strukturen der DDR-Kirche ihr Überleben gesichert haben und sichern werden. Sie verhindern, daß sich der Protestantismus in unbedeutende Sek-

ten auflöst oder in geheime Gebetskreise zurückzieht, die keinerlei öffentliche Ausstrahlung mehr haben. In diesem Sinne können wir in der Bundesrepublik, so Pfarrer Vogels, von den Erfahrungen der Christen in der DDR noch viel lernen.

Kirche im Sozialismus

Im Anschluß an Pfarrer Vogels analysierte **Pfarrer Latk** aus Überlingen am Bodensee das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Latk war bis 1976 Pfarrer in der DDR und konnte so aus eigenen Erfahrungen berichten.

Die DDR-Verfassung von 1949 gab zwar Garantien für Religion und Kirche, trotzdem gab es seit Bestehen der DDR einen Kampf von Staat und SED gegen die Kirche. Nach einer Zuspitzung des Kirchenkampfes 1953 kam es am 10. 6. 1953 – wenige Tage vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 – zu einem Burgfrieden zwischen der Kirche und der SED. Der Staat garantierte die kirchliche Arbeit, die Kirche verzichtete im Gegenzug auf Stellungnahmen zu den politischen Verhältnissen in der DDR. Nach einem Auf und Ab von Konfrontation und Entspannung in den 50er und 60er Jahren versuchte die Kirchenleitung, sich durch eine „kritische Begleitung des Sozialismus“ einen Bewegungsspielraum zu erhalten.

Besonders der Ost-Berliner Bischof Albrecht Schönherr tat sich dabei mit seinem Konzept „**Kirche im Sozialismus**“ hervor. Er prägte die Formel „Christen und Sozialisten gestalten ihre gemeinsame Zukunft“. Im Hintergrund stand dabei die Hoffnung auf eine Konvergenz von Christentum und Sozialismus in der Überzeugung, daß beide eine gemeinsame Wurzel haben und aufeinander angewiesen sind. Die DDR-Verfassung von 1969 erfüllte solche Hoffnungen jedoch nicht, sondern schränkte die kirchlichen Rechte, die bis dahin zumindest auf dem Papier standen, weiter ein. Ab 1969 übte die SED Druck aus, um eine Trennung der DDR-Kirchen von der gesamtdeutschen EKD durchzusetzen, die dann 1971 vollzogen wurde. Sie wurde innerhalb der Kirche von denen unterstützt, die eine Verschmelzung der DDR-Kirche mit der sozialistischen Gesellschaft anstrebten. Auch das innerkirchliche Klima änderte sich. Die Kirchenleitungen suchten mit allen Mitteln zu vermeiden, daß die Kirche in eine Oppositionsrolle zum Staat hineingedrängt würde. Pfarrer die gegen das Regime Stellung nahmen, so Pfarrer Latk, hatten kaum noch Rückendeckung durch die Kirchenleitung. Ein Symbol dafür stellt Pfarrer Oskar Brüsewitz dar, der bei der

Kirchenleitung keine Rückendeckung gegen staatliche Übergriffe fand, so daß er sich 1976 vor seiner Kirche öffentlich verbrannte. Das Konzept „Kirche im Sozialismus“ trägt heute den Kirchenleitungen gewisse Privilegien ein, während Pfarrer und Gemeindeglieder vor Ort weiter Diskriminierungen seitens des Staates ausgesetzt sind.

Volkskirche zwischen Szylla und Charybdis

Zum Abschluß der Tagung plädierte **Pfarrer Luthgen** in seinem Vortrag für eine Kirche, die Seelsorge, Gottesdienst und Diakonie in den Mittelpunkt der Gemeindegarbeit rückt, für eine Kirche, die die religiösen Fragen der Menschen in der Kirche aufnimmt ohne ins private und unpolitische abzusinken. An der Öffentlichkeit der Verkündigung muß festgehalten werden, um nicht in ein Ghetto zu geraten. Die Kirche darf darum keine heile Welt der Frömmigkeit in abgeschlossenen Zirkeln aufbauen wie es einige Pietisten und Evangelikale möchten; auf der anderen Seite darf die Mitte der Kirche nicht durch einseitige Politisierungstendenzen verkümmern. Die Kirche ist keine Randgruppenkirche, das Aufgehen der Kirche in politische Bewegungen führe, so Pfarrer Luthgen, zur Selbstaufgabe der Kirche. Vielmehr muß sie eine offene und veränderbare Kirche sein, die sich der Welt von heute gegenüber aufschließt. Die Volkskirche darf also nicht erstarren, sondern bedarf der ständigen Erneuerung.

Diese Bewertung der Situation der Volkskirche in der Bundesrepublik machte am Ende der Tagung noch einmal deutlich, wo die Gemeinsamkeiten und Differenzen der kirchlichen Situation in beiden deutschen Staaten liegen: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind grundverschieden, aber die Notwendigkeit sowohl fester organisatorischer Formen der Kirche als auch einer ständigen Erneuerung von innen heraus ist beide Male evident.

Der Arbeitskreis Theologie hat zum 6. Male eine interessante, zur Diskussion anregende Tagung durchführen können. Theologisch und kirchlich interessierte junge Leute möchten wir zu den weiteren Veranstaltungen des Arbeitskreises herzlich einladen. Sie werden einmal pro Semester zu aktuellen kirchlichen und theologischen Themen durchgeführt. Wer Interesse hat und/oder mitarbeiten möchte, ist gebeten, sich bei der Bundesgeschäftsstelle des EAK zu melden (Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/5 44-305/306).

Thomas Berke, Autor dieses Berichts, studiert Evangelische Theologie in Bonn und ist Sprecher des Arbeitskreises „Theologie des EAK“.

Werte und Normen in der Schule

Mainz. „Werte-Erziehung – nur im Religionsunterricht?“ Dies war das Thema eines Referats von Kultusminister **Dr. Georg Gölter** vor den Evangelischen Arbeitskreisen Mainz und Mainz-Bingen sowie dem Arbeitskreis Schule der Mainzer CDU. Der Vorsitzende des EAK Mainz, **Klaus Meynersen** konnte dazu mehr als 50 Teilnehmer begrüßen; namentlich hob er hervor: die stellvertretende Vorsitzende der Mainzer CDU, **Helga Hammer**, die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung Mainz, **Edith Nebe**, die Landesleitersprecherin **Dr. Maria Menzel**, den Vorsitzenden des Philologenverbands Rheinland-Pfalz, **Hubert Schmitz**, und den Leiter des Religionspädagogischen Amtes der EKH für Rheinhessen, **Dieter Reitz**.

Auf der Grundlage der Menschenwürde entfalten Landesverfassung und Schulgesetz einen umfassenden Wertekatalog: Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Verantwortungsbewußtsein für Natur und Umwelt... Daran erinnerte Gölter, wie Albrecht Martin evangelischer Minister in der von Bernhard Vogel geführten Landesregierung. „Dies ist ein verbindlicher Handlungsauftrag für unser Bildungswesen, für alle Schulen, aus denen sich kein Fach, keine Unterrichtsveranstaltung ausnehmen kann.“ Einer besonderen Aufgabe im Gesamterziehungsplan komme der Religionsunterricht nach, weil er den Schülern das Angebot des Glaubens mache. Vor allem für den Religionslehrer gelte deshalb die Feststellung Erich Wenigers, „daß die eigentliche erzieherische Wirkung nicht auf dem beruht, was er mitteilt, sondern auf dem, was er ist.“ Gölter forderte deshalb „eine neue Personalisierung der Lehrerrolle.“

Im Schulalltag ist es trotz rückläufiger Schülerzahlen noch immer schwierig, wichtige Verfassungs- und Gesetzesziele voll zu verwirklichen. Darauf wurde in der Diskussion aufmerksam gemacht. Zum Beispiel fällt vor allem an berufsbildenden Schulen Religionsunterricht aus. Um so nachdrücklicher appellierte Meynersen an Schulleiter, Lehrer und Eltern, gemeinsam die vernachlässigte Wertediskussion zu beleben. Verfehlter Wertedogmatismus gefährde den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat.

Sicherheit und Frieden

Mannheim. Was wird aus unserer Sicherheit, wenn es denn nun zur nuklearen Abrüstung kommt? Wird der Friede noch sicherer oder droht jetzt nicht viel eher ein konventioneller Krieg in Europa wieder führbar zu werden?

Diese und viele weitere Fragen standen im Mittelpunkt einer Veranstaltung, zu der der Evangelische Arbeitskreis und der Sicherheitspolitische Ausschuß der Mannheimer CDU eingeladen hatten.

Oberst i. G. Friedhelm Klein M. A., Bonn, erinnerte zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung in seinem Referat daran, daß es oberstes deutsches Interesse sei, eine Sicherheitslandschaft aufrechtzuerhalten, in der Kriege nicht stattfinden, konventionelle ebenso wie nukleare.

Unverzichtbar hierfür sei die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland im NATO-Bündnis, welches uns mit seiner Strategie der „Flexible Response“ auf der Grundlage einer wirksamen nuklearen und konventionellen Abschreckung seit vier Jahrzehnten Sicherheit und Frieden gewährleistet habe. Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern. Sicherheit ausschließlich auf konventionelle Waffen stützen zu wollen, sei eine gefährliche Illusion. Klein verwies in diesem Zusammenhang anhand beeindruckender Zahlen auf das enorme Übergewicht der Sowjetunion im Bereich konventioneller Waffen und die daraus resultierende und für uns Deutsche besonders bedrohliche Invasionsfähigkeit. Wenn man daher heute ja sagt zur Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen – und die Bundesregierung sagt ja zu „Doppel-Null“ – so liegt es im besonderen deutschen Sicherheitsinteresse, weitere Abrüstungsschritte gleichzeitig zu fordern, welche die bestehenden Ungleichgewichte beseitigen. Hierzu gehören nach Aussage des Referenten ebenso ein nachprüfbares, umfassendes und stabiles Kräfteverhältnis im Bereich konventioneller Streitkräfte auf niedrigem Niveau, wie ein weitestgehendes Verbot chemischer Waffen. Wir Deutsche wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Doch sei Abrüstung aber auch kein Selbstzweck. Die Gelegenheit für eine

Einigung zwischen den Großmächten gelte es jetzt zu nutzen. Doch erhebe sich darüber hinaus die Forderung nach der Entwicklung eines umfassenden politischen Konzeptes zwischen Ost und West, das zur Beseitigung der eigentlichen Spannungsursachen mehr Durchlässigkeit, mehr Menschenrechte und mehr Freiheit ermögliche.

Brücken schlagen

Lörrach. Zum 2. Mal traf sich ein Gesprächskreis, um die Ziele und Arbeit des EAK kennenzulernen. **Dr. Feist** begann den Abend mit einer kurzen biblischen Besinnung nach Texten aus dem Losungsbuch: „Er wird Deinen Fuß nicht gleiten lassen; der Dich behütet, schläft nicht!“

Zum Hauptthema: „Politik in der Kirche – Notwendigkeit und Grenzen“ stellte der Referent drei Fragen an den Anfang. Was habe ich an meiner Kirche? Welchen Beitrag zum öffentlichen Leben leistet sie? Worin fällt **meine** Kirche angenehm auf?

Der EAK will Brücken schlagen zwischen Union und Kirchen. Es gilt Gespräche zu organisieren mit den verschiedenen Gruppen, um sich näher kennenzulernen. Falsch ist es, Feindbilder aufzubauen oder Dauerkritik zu üben. Themen müssen ausdiskutiert werden, dabei ist eine wichtige Forderung, daß man aufeinander hört. Nur so kann man Meinungen beeinflussen und Verständnis für einander bekommen. Wichtig ist auch, daß man im politischen Handeln nicht außer acht läßt, daß unsere Partei ein ‚C‘ in seinem Namen hat. Dieses ‚C‘

Albrecht Martin 60 Jahre



Am 9. Juli 1987 feierte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister Albrecht Martin, seinen 60. Geburtstag. Zu den Gratulanten in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz gehörte auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Die guten Wünsche des EAK-Bundesvorstandes überbrachten Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger und Staatsminister a. D. Friedrich Vogel.

muß ein starkes Bindeglied sein, daß uns bewußt macht woher wir kommen und wie wir zu handeln haben. Und das „E“ in EAK heißt nicht nur evangelisch, sondern soll uns auch auf das Evangelium hinweisen. Was hat es uns zu sagen, was sagt es wirklich und handeln wir in seiner Verantwortung.

Bildung – Mittel gegen Arbeitslosigkeit

Meersburg. „Nur mit einer breiten Allgemeinbildung können wir die Herausforderungen unserer Zeit annehmen und ihnen gegenüber bestehen.“ So lautete eine der wesentlichen Feststellungen in dem Referat des CDU-Landtagsabgeordneten **Ernst Arnegger** über das Thema „Arbeitsplätze – Beruf – Bildung“ vor dem **Bodenseekreis EAK** und dem CDU-Ortsverein in Meersburg.

Zu Beginn hatte der Vorsitzende des EAK, **Friedrich Reiner**, Überlingen, Arnegger begrüßt und ihm zu seiner Wiederwahl als Kreisvorsitzender gratuliert. Das nahezu einstimmige Wahlergebnis zeige, wie sehr die Basis mit seiner Arbeit als Kreisvorsitzender und Abgeordneter in Stuttgart zufrieden sei. Im biblischen Wort legte Pfarrer Doleschal, Salem, dann das Gleichnis von den anvertrauten Pfunden, Mat. 25, 14–30, aus: „Wer die ihm verliehenen Gaben nicht in Verantwortung vor Gott nutzt, ist untreu“ und bezog den Text auf die geistigen und geistlichen Gaben, die jedem mitgegeben werden.

Arnegger griff dies auf, als er mit Anmerkungen zur Arbeitsmarktlage und Möglichkeiten der Beseitigung der Arbeitslosigkeit sein Referat begann. „Die Mehrheit aller Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung oder keine Berufserfahrung. Der sicherste Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führt über die Schiene Bildung, Ausbildung, Weiterbildung. Wir müssen lernen, daß wir nie ausgeliefert haben!“ Dies gelte auch für die Arbeitsplatzbesitzer. Nur von dieser Basis aus könnten wir in Zukunft durch Beherrschung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken auf erforderliche Umstellungen bei Produktion, Dienstleistungen und Verwaltung schnell reagieren. Wir müßten lernen, mit den neuen Medien umzugehen, die für unsere Jugend Weiterführung aus zweiter Hand statt direkten Erlebens bringen. Nur mit den Möglichkeiten schneller Anpassung von der Basis der Allgemeinbildung aus könne man Störungen unserer Umwelt beseitigen, die soziale Sicherung gewährleisten und die Trübung des Verhältnisses des Bürgers zu seinem Staat überwinden und sei gefeierter gegen demagogische Verführung.

Christen und Politik

Göppingen. Beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU im „Hohenstaufen“ referierte **Jörg M. Fröhlich**, Leiter der Abteilung Grundsatz und Politik des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg, zum Thema: „Christentum und Politik – Gedanken über die Unverzichtbarkeit einer politischen Ethik“. Die gesellschaftliche Wirklichkeit, so der Sprecher, sei auf der einen Seite stark bestimmt durch den unheimlich schnellen technologischen Fortschritt und auf der anderen Seite breite sich Zukunfts-pessimismus und Orientierungslosigkeit aus. Der Ruf nach einer politisch-ethischen Besinnung werde laut.

Der Referent erinnerte daran, daß die CDU in der Nachkriegszeit in der Vereinigung beider Konfessionen, nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus, den Neuanfang gesehen habe. Für die Neubestimmung des Verhältnisses von Christentum und Politik sei von entscheidender Bedeutung, ob die Interpretationen der Gesellschaft, die unumkehrbar dem Gesetz der Säkularisierung gehorche, richtig seien oder nicht. Die Orientierungskrise sei ein Produkt der Sinnkrise. J. M. Fröhlich: „Wir müssen uns auf den Sinn und das Ziel christlichen Lebens immer wieder neu besinnen. Dadurch entsteht Mitverantwortung.“

Notwendiges Ziel und Gebot menschlichen Zusammenlebens sei die Erhaltung des Friedens nach innen und außen. Freiheit sei nötig zur Erlangung von Menschenwürde. Sie sei gefährdet, wenn sie als Beliebigkeit verstanden werde. Der Einzelne hat dem Anderen gegenüber Pflichten. Er habe auch der Umwelt gegenüber Pflichten. Die Freiheit könne nur erhalten werden, wenn es eine Ordnung gebe. Die Bundesrepublik als historisch gewachsener, liberaler Verfassungsstaat, der die Freiheit schütze, das Recht gewähre und die Normalität sichere, müsse aber die breite Akzeptanz der Bevölkerung finden. Wenn die Bürger die positive Rechtsordnung nicht mit der Idee der Gerechtigkeit in Verbindung brächten, könne der Staat nicht, wie es seine Pflicht wäre, diese schützen. Der Referent weiter: „Wir haben einige aktuelle Themen, die wir in der Vergangenheit vor Gott und den Menschen gründlich durchreflektieren sollten, um nicht ins Abseits zu geraten. Die Gentechnologie, bei allem Fortschritt, den sie brachte, schafft auch die Möglichkeit der Manipulation bei werdendem Leben. Die Diskussion um den § 218 muß wachgehalten werden.“

Breitgefächertes Aufgabenspektrum für Christen in politischer Verantwortung

Neckar-Odenwald-Kreis. Auf eine erfolgreiche Arbeit blickte der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU im Neckar-Odenwald-Kreis zurück. Die erste ordentliche Generalversammlung, die jetzt in Mosbach stattfand, gab Gelegenheit, Bilanz zu ziehen. Vor zwei Jahren hatten sich rund 40 evangelische Mitglieder und Freunde der CDU zusammengefunden, um diesen Arbeitskreis zu gründen. Es war Ziel, Grundüberzeugungen als Christ zu formulieren, ethische Fragestellungen aufzuwerfen und Gespräche mit Amtsträgern der Kirche zu führen. In der Versammlung wurden der bisherige Vorsitzende **Percy Rooks** (Mosbach) und seine Vorstandsmannschaft im Amt bestätigt.

Vorsitzender Rooks konnte in seinem Bericht eine eindrucksvolle Bilanz vorlegen. Die Schwerpunkte der Arbeit im abgelaufenen Zeitraum lagen demzufolge nicht nur bei dem Problem der Friedenssuche und der Frage der Aufgabe als Christ in politischer Verantwortung. Der Arbeitskreis beschäftigte sich auch intensiv mit dem Spannungsfeld Kirche und Politik. Die Demokratiedenkschrift der Evangelischen Kirchen Deutschlands wurde an vier Gesprächsabenden intensiv diskutiert.

Zusammenfassend konnte festgestellt werden, daß qualifizierte Arbeit geleistet wurde, nicht auf der Suche nach neuen Inhalten bei der politischen Arbeit, sondern auch im Bemühen, aufbrechende Gegensätze auszugleichen. CDU-Kreisgeschäftsführer **Meisel** sprach dem EAK auch im Namen von Kreisvorsitzendem **Hans Rückert** ein hohes Lob für seine stetige und intensive Arbeit aus.

Die Entlastung des bisherigen Vorstandes erfolgte einstimmig. In den anschließenden Neuwahlen wurde der erfolgreiche bisherige Vorstand bestätigt: **Percy Rooks** (Mosbach) wird den Evangelischen Arbeitskreis für weitere zwei Jahre führen, unterstützt durch **Manfred Dorsch** (Sennfeld) als 1. Stellvertreter und **Karl Fuchs** (Schwarzach) als 2. Stellvertreter. **Anita Horvath** aus Billigheim bleibt Schriftführerin, **Jörg Sachs** aus Adelsheim ist für die Pressearbeit zuständig.

Die Zahl der Beisitzer im erweiterten Vorstand wurde auf sechs verringert. Gewählt wurden **Frau Huttert** aus Aglasterhausen sowie die Arbeitskreis-Mitglieder **Walter** (Schefflenz), **Witter** (Obbrigheim), **Ullrich** (Ravenstein), **Baron von Gemmingen** und **Greiff** (Mosbach).

Die Geschichte des Eherechtes vom Brautraub bis zur Scheidung

Ulm. Aus der Arbeit eines Familienrichters hat **Dr. Ruppert Höhne** vom Amtsgericht Wangen vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Ulm und der CDU-Frauengruppe Ulm berichtet. Eine Einführung in die Geschichte der Ehe zeigt den Wandel auch dieser Lebensform.

Im germanischen Recht wurde der Ehevertrag zwischen dem Vater der Braut und dem Bräutigam mit stark finanziellem Hintergrund und Festlegung des Brautgeschenkes geschlossen. Brautraub – ohne Einwilligung der Eltern – wurde vielfach praktiziert und meist später legalisiert, wenn das Paar zusammen blieb. Das Vertragsprinzip aber war Übereinstimmung des Brautvaters und des Bräutigams, während der Brautraub den elterlichen Willen durchbrach.

Im Mittelalter war die Übereinstimmung der Brautleute die wichtigste Grundlage, was im Ja-Wort vor dem Urkundsbeamten zum Ausdruck kam. Lange herrschte zwischen Adel und Kirche der Konkubinatskampf. Die Eheschließung war im Mittelalter vielfach ein Element der Machtvergrößerung.

Zum Schutz der Bürger wurde im 17. Jahrhundert die Zivilehe eingeführt. Erst seit Anfang des 19. Jahrhunderts ist Leibe und Zuneigung die anerkannte Grundlage der Eheschließung. Heute ist die Ehe völlig verrechtlicht. Viele Gesichtspunkte unterliegen der rechtlichen Regelung. Dies bewirkt starke Verpflichtungen.

Es gibt immer mehr Ehescheidungen, die heute relativ leicht zu erreichen sind. Grundlage der Ehescheidung ist nicht mehr wie früher das Schuldprinzip, sondern das Zerrüttungsprinzip. Wenn ein Paar ein Jahr lang nicht mehr zusammenlebt, kann die Zerrüttung der Ehe angenommen werden. Bei Widerspruch eines Partners kann die Frist bis zur Scheidung verlängert werden.

Beim Sorgerecht für gemeinsame Kinder steht grundsätzlich das Kindeswohl im Vordergrund, weil die Kinder am meisten unter der Scheidung leiden. Geregelt werden auch der Versorgungsausgleich. All diese Probleme zu ordnen ist schwierig und zeitraubend. Hieraus resultiert die Heiratsunlust vieler junger Menschen, die sich dann in „Lebensgemeinschaften“ flüchten, die aber auch nicht ohne Probleme bleiben, wie Dr. Höhne betonte.

Roman Herzog zum Verhältnis von Kirche und Staat

Konstanz. Die Union tut sich immer wieder schwer mit den Protestanten, und umgekehrt haben die evangelischen Christen ihre Schwierigkeiten mit der Christlich-Demokratischen Union. Man weiß das nicht erst seit Gustav Heinemann, der seine politische Laufbahn bei der CDU begann, bei der SPD beendete, aber zwischendrin mit der Gesamtdeutschen Volkspartei einen besonderen Weg im geteilten Deutschland gehen wollte, für den er vorwiegend auf der evangelischen Seite Unterstützung fand. Denn noch lange Zeit, nachdem sich zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden gebildet hatten, konnte die Evangelische Kirche in Deutschland ihre Einheit bewahren.

Roman Herzog, Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes mit der Aussicht, noch in diesem Jahr dessen Präsident zu werden, sieht darin die Wurzel für kühle Distanz der evangelischen Kirche zum Staat der Bundesrepublik. Die Bewahrung der Einheit der Kirche bedingte im gegenseitigen Einvernehmen, daß sie in gleicher Weise Distanz hielt zu den Regierungen in Bonn und in Ost-Berlin, daß sie sich nicht mit „ihrem“ Staat identifizierte. Die Einheit ließ sich nicht auf Dauer retten. Die evangelische Kirche in der Bundesrepublik hat ihr Verhältnis zum Staat grundsätzlich überdacht und in der Denkschrift „Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ formuliert.

Herzog, von Hause aus Staatsrechtslehrer, sprach vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU im Kreis Konstanz über diese Denkschrift, an deren Zustandekommen er als Mitglied der „Kammer für öffentliche Verantwortung“ der EKD beteiligt war. Er beleuchtete die Schwierigkeiten, sich auf eine solche grundsätzliche Aussage zu einigen, weil in der Kommission nicht nur Lutheraner, Reformierte und Unierte mit ihren unterschiedlichen Staatsauffassungen aufeinandertrafen, sondern auch evangelische Politiker und Wissenschaftler mit auseinanderstrebenden Meinungen. Manche Einzelheiten und Formulierungen der 1985 veröffentlichten Denkschrift sind umstritten, Kinder des Kompromisses. Herzog ließ erkennen, daß er manches anders formuliert hätte – „aber Erhard Eppler hätte das sicher auch gern getan“. Den großen und bleibenden Gewinn der Denkschrift sieht Herzog darin, daß die evangelische Kirche, die ja ihre historischen Schwierigkeiten mit der Demokratie hatte, mit diesem Dokument „von der ersten bis zur letzten Seite“ eindeutig die grundsätzliche Bejahung des

*Das meiste Unheil,
das in dieser Welt
geschieht,
wird von Menschen
angerichtet, die
sich wichtig vorkommen.*

T. S. Eliot

des Staates des Grundgesetzes, also der Bundesrepublik, begründet und festgeschrieben hat. Daß auch hier noch, wie in der Diskussion bemängelt wurde, eine „kühle Distanz“ zum Ausdruck kommt, will Herzog nicht überbewerten: Weil man in der evangelischen Kirche „eben zu nichts positiv Stellung nehmen kann, ohne vorher ausführlich zu sagen, daß man natürlich auch die Schattenseiten sieht“.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, dessen Bundesvorsitzender Herzog als Nachfolger des langjährigen Außenministers Gerhard Schröder war, war 1952 ins Leben gerufen worden, weil die CDU, die damals als vorwiegend katholisch geprägte Partei galt, ein protestantisches Defizit hatte. Der Arbeitskreis sollte breitere Brücken schlagen zwischen Partei und Kirche. Diese Aufgabe stellt sich auch heute noch. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU darf sich dabei allerdings nicht nur als Wahrer von Parteiinteressen gegenüber der Kirche verstehen, sondern muß sich auch als Vermittler begreifen, der die von der Kirche ausgehenden Impulse in die Diskussion der Partei aufnimmt.

Einladung

zum

2. Theologischen Gespräch
in Karlsruhe

Über

**Bekenntnisse des Glaubens
und politische Verantwortung
der Kirche –
40 Jahre Darmstädter Wort**

spricht

Professor Dr. Dr. Rainer Mayer
Mittwoch, 16. September 1987,
Heinz-Schuchmann-Haus,
Karlsruhe-Rintheim,
Heilbronner Straße 30

Anmeldung und Information:
Hans Michael Bender
Karlsruhe

Für uns gelesen und besprochen

„Wortmeldungen im Generationendialog“, Peter Berglar, Heinz J. Kiefer (Hrsg.), mit Beiträgen von P. Berglar, W. Grieger, R. Hochkirchen, H. J. Kiefer, M. Kiefer, S. Pförtner, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1985 (Essener Beiträge zur gesellschaftspolitischen Forschung und sozialen Kommunikation, Bd. 6, S. 218).

Die Beiträge dieser Publikation entstammen dem sogenannten Generationendialog, mit dem das Ruhr-Institut für gesellschaftspolitische Forschung und Bildung in Essen vor allem die junge Generation ansprechen will. Ziel des Seminars war es, die geistigen Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlich-pluralistischen Ordnung der Bundesrepublik zu skizzieren. Es handelt sich damit also um Problemstellungen, die von den Universitäten und Unternehmen nicht mehr oder nur noch vereinzelt geleistet werden, so daß sich zunehmend Stiftungen, Institute, Akademien und Bildungswerke dieser Aufgabe verschreiben. Dies gilt aber nicht – wie die Verfasser in der Einleitung bemerken – nur für Institute gemäß dem „Eigenverständnis“ des Ruhr-Institutes, sondern für fast alle Akademien und Bildungswerke, deren starke Verbreitung in den letzten Jahrzehnten vor allem eine Folge der weitgehend selbst verordneten Enthaltsamkeit von Wissenschaft und Lehre bezüglich normativer Fragestellungen unserer Kultur ist. Es ist verdienstvoll, daß sich die Autoren mit diesen Wertfragen auseinandersetzen. Indem sie die relativierende Sichtweise wissenschaftlicher Betrachtungsweise verlassen und sich in normative Fragestellungen einlassen, setzen sie sich natürlich automatisch Angriffen von „außen“ aus, vor allem jener Betrachter, die nicht die weltanschaulichen Standpunkte der Autoren teilen. Doch verschließen sich die Verfasser der Kritik nicht, wie sie mit dem Buchtitel und überdies im Vorwort signalisieren.

Aber auch wenn man die grundsätzlichen weltanschaulichen politischen Voraussetzungen der Autoren akzeptiert, wird man an einigen (nicht nur systemimmanenten) Problemen nicht vorbeischaun können. Vielleicht ließen sich die Autoren durch ihre Zielgruppe, die jugendlichen Seminarteilnehmer, dazu verführen, ihre Ausführungen zu sehr in einem affirmativen und appellativen Denk- und Sprachstil zu halten. Dies gilt vor allem für den Beitrag von Markus Kiefer „Deutschland als

Erbe und Auftrag – Gedanken über unsere Zukunft als Nation“. Dieser Beitrag ist überwiegend ein „Bekenntnis“. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Fraglich wird die Sichtweise allerdings, wenn sich ein junger Autor im Sprachstil eines Staatsmannes in eine überlegene Position schwingt und „Noten verteilt“. Hier einige Beispiele: „Es ist an der Zeit, daß die Kirchen in Deutschland wieder darangehen, unseren Landsleuten diese Botschaft (gemeint ist die der Identität, R. U.) zu entfalten.“ Oder: „Ich möchte uns Deutschen vielmehr empfehlen, unsere ganze Geschichte anzunehmen, in ihren schlimmen und in ihren glanzvollen Tagen“ (was immer das heißen mag). Bekenntnisse und Postulate dieser Art durchziehen den gesamten Beitrag. Zwar werden durchaus auch Fragen gestellt, die zur Erforschung der Ursache anregen, doch werden diese Fragen nicht analytisch gestellt, sondern eben als Bekenntnisfragen oder in folgendem Beispiel sogar – fast wie im Beichtspiegel – als Gewissensfrage: „Gibt es die Nation, und ich sagte, ich bin überzeugt, daß es gar nicht anders möglich ist, so stellt sie auch Ansprüche, und bequeme Fragen an ihre Angehörigen. Haben wir diesen Ansprüchen und Fragen als Deutsche in letzter Zeit genügt? Geben wir uns die Antwort selbst, jeder für sich, aber aufrichtig, und antworten wir nicht zu schnell. Gehören wir nicht auch zu jener Gruppe von Zeitgenossen, die die Frage ‚Was kann die Gesellschaft für mich und mein Wohlergehen tun?‘ Haben nicht die meisten von uns ihr nationales Gewissen und die es bedrängenden Fragen eingeweicht und ertränkt in einem Federbett von westdeutscher, partikularistischer Selbstgenügsamkeit und Wohlstandsgenuß?“

Der Autor hätte – statt in den Klage-ton zu verfallen – die Frage der nationalen Identität im Zusammenhang mit dem Konsumdenken, d. h. der Dominanz wirtschaftlichen und technisch-funktionalen Denkens näher entfalten müssen, wie die z. B. in Teilen der von ihm benutzten Literatur (Heimat und Nation. Zur Geschichte und Identität der Deutschen) geschieht. So aber bleibt er weit hinter dem dortigen Diskussionsstand zurück.

Das interessanteste und zugleich schwierigste Thema des Bandes hat Heinz J. Kiefer bearbeitet: „Dimension unserer Zukunft – Schöpfung, Herkunft, Erneuerung“. Man wird Kiefer die ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Problem nicht absprechen können. Der Autor stellt im wesentlichen die Fragen, die der gläubige Christ von einer fundierten Werthaltung aus an unser Gemeinwesen richtet. Insofern kann man – vor allem, wenn man die grundsätz-

lichen Werthaltungen des Autors teilt – der Berechtigung der Fragen kaum etwas entgegenhalten; und doch provozieren sie Wortmeldungen:

1. An wen richten sich diese Postulate (an den Staat, an gläubige Protestanten und Katholiken, an Unionschristen, an alle, die sich zum Christentum und/oder seinen Prinzipien bekennen, oder an alle Mitglieder unserer Gesellschaft)?
2. Selbst wenn sie sich lediglich an christliche „Politiker und Staatsbürger“, d. h. an die „eigene Klientel“, richten, wird es spätestens bei der Konkretion nicht ohne Streit gehen: Kiefers Postulate halten sich ganz und gar im Grundsätzlichen; die Probleme liegen aber im Detail.
3. Noch problematischer muß die Realisierung dieser Werte in einer pluralistisch-säkularen Gesellschaft werden, die weitgehend entchristlicht ist.

Hier hilft auch der Hinweis auf die Wertgebundenheit unseres Grundgesetzes nicht weiter, so zutreffend es ist, daß der Rechtsstaat auf Werten beruhen muß und nicht nur auf geordneten Prozedurmethode. Kiefer erinnert in diesem Zusammenhang an die unbedingt zu bewahrenden Fundamentalwerte wie Menschenwürde, Religion, Ehe und Familie usw. und fährt fort: „So beginnt die Aufgabe unserer Zukunftssicherung mit dem Abschied von falschem Pluralismus-Verständnis, der Toleranz als subjektiver Beliebigkeit, der Demokratie als reine Veranstaltung der Gesellschaft anstatt des Staates und der Leugnung, daß es eine objektive Wahrheit gibt, der man sich als gemeinsame Leistung annähern kann“ (S. 186). Doch stellt sich die Frage: Wie soll sich die Orientierung an objektiver Wahrheit in der Praxis vollziehen? Sicher gibt es von jedermann zu beachtende Fundamentalwerte, aber bei dem weitaus größten Teil der zur Entscheidung anstehenden Fragen hilft der Hinweis an die sogenannten „objektiven Werte“ nicht weiter; denn das Gros der Entscheidungsfragen erfolgt im Bereich der Wirtschaft, des Sozialen, der inneren und äußeren Sicherheit. Natürlich geht es dabei immer um den Menschen, aber es gibt in den seltensten Fällen „einfache“ und „klare Lösungen“; oft sind die Probleme so komplex, daß die Frage nach dem Humanum mit dem besten Willen nicht schlüssig beantwortbar ist oder nur perspektivisch verengt gegeben werden kann. Hier hätte dem Aufsatz von H. J. Kiefer eine stärkere Berücksichtigung der Sachrationalität unseres gesellschaftlichen Lebens gut getan. Das aber heißt, um mit Ernst-Wolfgang Böckenförde zu sprechen, daß der Christ bedenken muß, daß die Wertgrundlage der modernen Demokratie schmaler ist als die des Naturrechts.

Dr. Rudolf Uertz

P. Beyerhaus/W. Künneth (Hg.): Gewalt in Jesu Namen? 1987, Telos Nr. 1294, 192 S.

Die Frage nach der biblischen Legitimität der Genitiv-Theologien muß wegen ihres komplexen Gegenwartsbezugs immer wieder gestellt werden. Wie setzen sich aktive Christen z. B. mit der Theologie der Befreiung oder der Theologie der Revolution auseinander?

Aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchten eine Reihe bekannter Theologen, Philosophen, Politologen und Juristen die Hintergründe dieser Theologien und ihre Wirkungsgeschichten. Zum überwiegenden Teil handelt es sich bei den Beiträgen um Vorträge anlässlich der Frühjahrstagung vom 2.-4. März 1987 des Theologischen Konvents der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in der Evangelischen Kirche Deutschlands. Die Tagung stand unter dem Thema „Gewalt in Jesu Namen – Das Evangelium angesichts des südafrikanischen Konflikts“.

Als „special guests“ stellten zwei unmittelbar Betroffene mit ihren Beiträgen den Bezug zur Lebens- und Leidensrealität her: Bischof Isaac Mokoena aus Johannesburg, Repräsentant von 4,5 Mill. Mitgliedern Afrikanischer Unabhängiger Kirchen, und Evangelist Fano Sibisi, Leitender Mitarbeiter auf der bekannten Missionsstation und in der von ihr ausgehenden Erweckungsbewegung Kwa Sizabantu im Zululand.

Ausgangspunkt der zahlreichen Betrachtungen ist immer wieder die kritische Auseinandersetzung mit dem Kairos-Dokument, eines im September 1985 von weißen und schwarzen Theologen in Südafrika veröffentlichten Manifestes. Darin wird das Wort von der Versöhnung als Wort Gottes für die heutige südafrikanische Situation abgelehnt; vielmehr müßten wir zu diesem Zeitpunkt, „wie Jesus, diesen Frieden entlarven, unseren Unterdrückten entgegenzutreten und Zwietracht stiften“.

Verblüffende Parallelen zum Zelotismus oder zu der radikalen Predigt eines Thomas Müntzer sind nicht zu leugnen und werden deshalb eindrücklich im Buch vor Augen gestellt.

Die Entwicklung des ANC seit seiner Gründung 1912, von einer friedlichen Bewegung zu einer Terrororganisation heute, wird u. a. an Aufzeichnungen des ANC-Senders „Radio Freedom“ verdeutlicht. Durch die „Halskrause“, einem benzin- oder dieselgefüllten Autoreifen, der sog. Kollaborateuren um den Hals gehängt und angezündet wird, soll die nicht-weiße Bevölkerung eingeschüchtert werden. Führende Persönlichkeiten wie Winnie Mandela bekennen sich zu dieser Methode zur Beseitigung von Menschen.

Wo führen die Aktivitäten des ANC hin? Als warnende Beispiele stehen die sozialistischen Nachbarstaaten Angola, Mosambik und Simbabwe mit ihrer Christenverfolgung da. Wer in Südafrika das Wort Versöhnung in den Mund nimmt, muß sich von seinen eigenen Mitchristen als „Sell out“, d. h. Ausverkäufer, Verräter bezeichnen und behandeln lassen.

„Gewalt im Namen Jesu?“: Ein Buch zur aktuellen Situation, das durch seine Ausgewogenheit und saubere Grundlagenklärung nicht ebenso schnell wieder veralten wird wie viele Gelegenheitsschriften zu diesem Thema. Vielmehr nimmt die Frage nach der Legitimität der Gewalt in unseren Tagen noch zu. Gerade als Christen dürfen wir uns nicht der gängigen „Meinungsmache“ anschließen, sondern sollen von der Versöhnung in Christus weitersagen und danach leben.

Peer-Detlev Schladebusch

Leserbrief

Unter der Überschrift „Zur Diskussion gestellt“ veröffentlichten wir in der Aprilausgabe unserer Zeitschrift einen Beitrag mit dem Titel „Bibel oder Babylon – Heilserwartungen unserer Zeit“. Wir freuen uns, daß unsere Leser dieses Dialogangebot angenommen haben. Die im Folgenden abgedruckte Leserzusage ist eine Erwiderung auf die Anmerkungen von Dr. Gisela von Canal in der Evangelischen Verantwortung im Juni 1987.

Zum Leserbrief von Frau v. Canal sind einige Anmerkungen dringend notwendig. NEW AGE gebraucht zwar durchaus christliche Terminologie, ist jedoch fundamental vom christlichen Glauben geschieden:

- NEW AGE braucht keine Christologie. Zwar kann Christus in der Vielfalt dieser Systeme als esoterischer Lehrer oder Erleuchteter („Erwachen des Ichs im Menschen“) in Erscheinung treten, doch geht das alles am Kreuz vorbei: Von der in Christus am Kreuz einmalig geschehenen Versöhnung mit Gott ist in NEW AGE keine Rede.
- Das Gottesbild unterscheidet sich tiefgreifend. NEW AGE verkündet ein „unpersonales höheres Bewußtsein“, eine „Kraft“, eine Art „kosmischer Energie“ o. ä. als das Göttliche. Dies ist unbiblisch. Der Gott der Bibel ist der, der sich dem Menschen offenbart, den er als Gegenüber er-

fährt, als den, der den Menschen zu seinem Bilde, als Gegenüber schuf.

- NEW AGE propagiert einen Pantheismus. Nach der Bibel hat der Mensch jedoch nichts Göttliches an oder in sich. Er ist vielmehr von Gott geschieden, Gott ist der „ganz Andere“ (K. Barth).
- NEW AGE leugnet das Faktum der Sünde. Es tut dies konsequenterweise, da es ja auch die Gebote Gottes nicht kennt.
- Reinkarnation ist unbiblisch. Das irdische Leben wird als **endlich** und **einmalig** verstanden.
- Auch die Natur ist biblisch gesehen nicht göttlich. Sie ist Schöpfung Gottes. Der Mensch hat sich keinem angeblichen Naturprinzip unterzuordnen. (Wo das hinführt ist im NS-System offenkundig geworden.) Er ist aber dem Schöpfer für die Natur verantwortlich.
- Heil ist **nur** von Gott zu erwarten. Durch Christus sind wir mit Gott versöhnt und erwarten die Erlösung, ohne daß wir dazu etwas zu tun hätten. Christus kommt eben nicht nur „entgegen“, weil wir angeblich „immer schon auf ihn zugehen“. Nach-Folge heißt, daß Christus vorausgeht. Seine Gnade geht aller unserer Reaktion und Tat voraus. Allein durch Gottes Gnade kommen wir zum Glauben. Dies ist die Erkenntnis der Reformation. Dabei bedeutet Glaube nicht die Suspendierung von der Ethik.
- NEW AGE aber beläßt den Menschen bei sich selbst: „Erkenne dein höheres Selbst“ ist – wieder einmal – ein gigantischer Selbstbetrug des Menschen, in jedem Fall aber kein „Meilenstein auf dem Weg zu Jesus Christus“. Selbsterlösungsdrang muß die Sünde, aber auch die geschichtliche Erfahrung leugnen. Nur weil Christus mich erkannt hat, kann ich ihn, den anderen und mich selbst erkennen.

Fazit: NEW AGE ist eine synkretistische Selbsterlösungsreligion nach der Art der antiken Gnosis, angereichert mit zahlreichen okkulten Phänomenen. Auch von der Ethik des NEW AGE ergeben sich viele kritische Fragen. Mit dem christlichen Glauben hat es nichts zu tun, vielmehr handelt es sich um einen groben Mystizismus.

Detlef Metz
Kleiststraße 31
5900 Siegen

Gottes Angesicht im Urlaub

K. Rüdiger Durth

„Es wird Zeit, daß wir bald in Urlaub fahren.“ Diesen Satz hören wir oft in diesen Tagen. Und ein wenig neidvoll blicken wir auf die, die bereits unterwegs sind. Abgespannt, nervös, leergespumt, ohne Ideen packen wir die Koffer – für das bunte Ziel unter heißer Sonne, für die beschauliche Landschaft, für das aufregende Abenteuer in der Ferne. Und nicht wenige müssen zu Hause bleiben, weil sie krank sind oder auch diesmal das Geld nicht reicht. Zugleich packt uns eine innere Unruhe: Finden wir auch die gewünschte Erholung? Werden wir mit dem plötzlichen Alleinsein fertig? Was machen wir, wenn es zu Krisen kommt? Denn wir ahnen, daß sich die im Alltag angesammelten Probleme nicht einfach länger beiseite schieben lassen. Wir brauchen Antworten, damit wir zu uns selbst finden.

Auf der Suche nach Halt

„Meine Seele dürstet nach Gott, nach dem lebendigen Gott“, bekennt der Psalmist im 42. Psalm, der zugleich fragt: „Wann werde ich dahin kommen, daß ich Gottes Angesicht schaue?“ Ist nicht hier ausgesprochen, was wir so schlecht in Worte fassen können? Wir

suchen einen Halt, wir brauchen einen Grund, den wir verloren haben. Nun merken wir, daß wir ohne ihn nicht mehr weiterkommen, wir am Ende sind. Wie ein quälender Durst plagt uns die Frage nach Gott.

Die Bibel zur Hand nehmen

Gott ist auch mit uns im Urlaub. Ein einfacher, aber sehr wichtiger Satz. Zum einen bedeutet er, daß wir nicht allein sind, sondern uns immer wieder an Gott wenden dürfen. Das setzt freilich voraus, daß wir überhaupt sein Angesicht schauen wollen, um in der Sprache des Psalmisten zu bleiben. Die Ruhe, die uns umgibt, die Stille, die uns ergreift, sollten wir nutzen, endlich einmal wieder über Gott nachzudenken, die Hände zum Gebet zu falten, andächtig eine Kirche zu besuchen, die Bibel zur Hand zu nehmen. Je mehr es uns nach Gott dürstet, desto leichter wird es uns werden, ihn zu finden – im Gebet, im Gespräch mit dem Nächsten, im Blick auf all die verborgenen Schönheiten um uns herum, auch in der Not, die uns begegnet.

Plötzlich finden wir zu uns selbst und zum Nächsten, finden wir den lebendigen Gott. Und so wird der Urlaub tatsächlich zu einem Ereignis, das uns ganz gesund macht, Seele und Körper. Denn wer mit Gott in den Urlaub fährt, der flüchtet sich nicht in schnell vergängliche, bald neue Probleme schaffende Abenteuer oder Aufregungen, sondern er sucht die Stille und wird wach für all die großen Dinge, die Gott geschaffen hat. Und er wird frei für den Nächsten und damit frei für sich selbst.

Quelle: idea-spektrum

Reiseseegen

Geht nun hinaus in eure Zeit,
doch wißt,
sie ist in Gotteshand
wie wir – sein Eigen.

Er sei mit uns
auf allen Straßen.
Im Wasser und darauf
und in der Luft bewahre und
beschütze uns sein Arm.

Werft eure Plage ab und eure
Mühsal, den Druck der Zeit.
Er, unser Herr,
hält seine Arme hin,
bereit, sich alles für uns
aufzuladen.
Mit seinem Kreuz
trägt er auch unseres.

Ruth Barthel